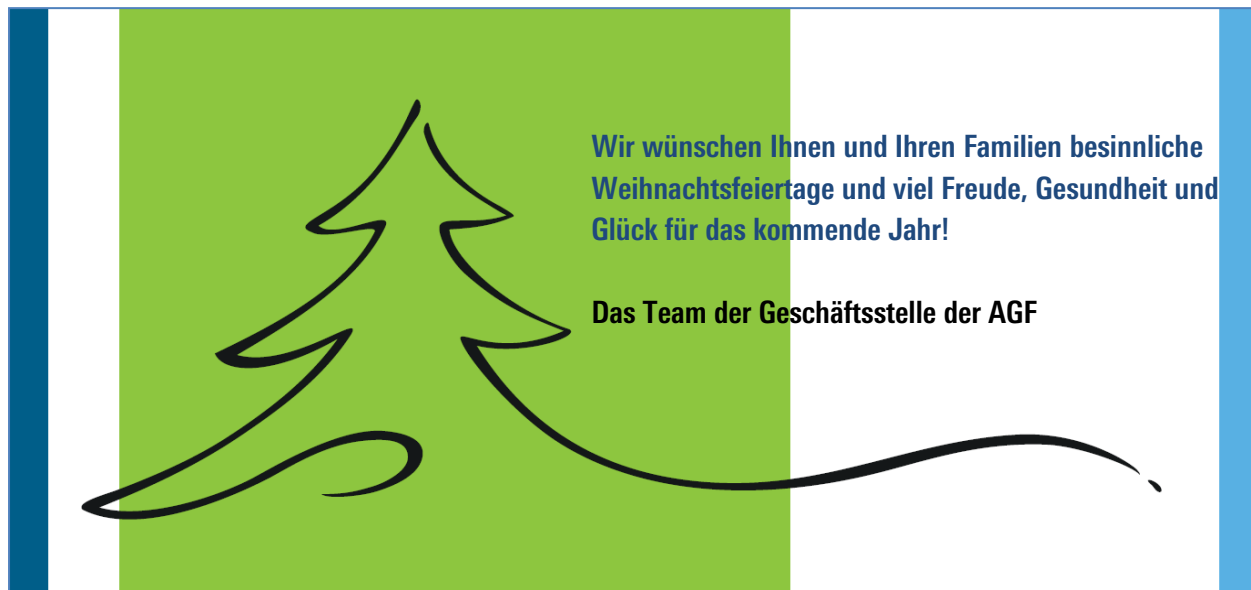


AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2013

Inhalt




Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE-Konferenz zu Schulabbrecher/innen	2
COFACE veröffentlicht Video über „Cyberbullying – Es gibt einen Ausweg!“	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen.....	2
Europäisches Jahr 2014	2
EU-Kommission legt neuen europäischen Qualitätsrahmen für Praktika vor	3
Erstes Rechtsinstrument zur besseren Integration der Roma angenommen	3
EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) angenommen	3
EU-Ratstagung für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz	3
EU-Parlament lehnt Estrela-Bericht ab	4
Forschungsprogramm Horizont 2020 startet	4
Neues EU-Programm für Recht, Gleichheit und Unionsbürgerschaft 2014-2020	4
„Kreatives Europa“ wurde endgültig angenommen	4
Einigung über Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (FEAD).....	5
Richtlinienvorschlag zu Verbesserung von Zusatzrentenansprüchen wurde angenommen	5
EU-Kommission analysiert unterschiedliche Lohngefälle von Frauen und Männern	5
EU-Parlament beschließt Rechtsanspruch auf Basiskonto	5
Weitere Nachrichten	6
Verfassungsreferendum: Kroatiens Bürger/innen lehnen gleichgeschlechtliche Ehe ab.....	6
Neues Grenzüberwachungssystem EUROSUR in Betrieb.....	6
Welt-Aids-Tag am 01. Dezember	6
Europäischer Tag der Menschen mit Behinderung am 03. Dezember	6
Einigung über Tabakrichtline.....	6
Ergebnisse einer Veranstaltung zu bezahlbarem Wohnraum	7
Griechische EU-Ratspräsidentschaft ab 01. Januar 2014	7
Berichte und Studien.....	7
PISA-Studie über Kompetenzen von 15-Jährigen in Mathematik, Naturwissenschaften und Lesen.....	7
Zahlen über EU-weite Armut.....	7
Buch über „Generationenbeziehungen: Europäische Perspektiven in Familie und Gesellschaft“	7
Eurochild bewertet den Bericht 2012 der EU-Kommission über die EU-Grundrechte.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8



Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE-Konferenz zu Schulabbrecher/innen

Am 09. Dezember 2013 veranstaltete die COFACE eine Konferenz über die Zusammenarbeit von Eltern und Lehrern zur Verhinderung des frühzeitigen Schulabbruchs. Es wurden Best-Practice-Beispiele vorgestellt sowie Lösungen und Empfehlungen zum Thema in verschiedenen Arbeitsgruppen herausgearbeitet. Die COFACE war in der Arbeitsgruppe der EU-Kommission zum Thema frühzeitiger Schulabbruch beteiligt, die den Bericht „Senkung der Schulabbrecherquote: Zentrale Aussagen und politische Unterstützung“ herausgegeben hat.

- [Vorträge der Konferenz: Zusammenarbeit von Eltern und Lehrer zur Verhinderung des frühzeitigen Schulabbruchs](#) 
- [Bericht der EU-Kommission: Senkung der Schulabbrecherquote: Zentrale Aussagen und politische Unterstützung](#)  

COFACE veröffentlicht Video über „Cyberbullying – Es gibt einen Ausweg!“

Die COFACE nahm den Weltkindertag 2013 zum Anlass, das Video „Cyberbullying – Es gibt einen Ausweg“ zu veröffentlichen. Es soll Eltern, Lehrer und Jugendlichen helfen, Internetmobbing zu erkennen und Empfehlungen für einen Ausweg bieten. Das Video wird demnächst auch in Deutsch verfügbar sein.

- [Video der COFACE über „Cyberbullying – Es gibt einen Ausweg!“](#) 

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

Europäisches Jahr 2014

Am 03. Dezember 2013 gab Präsident José Manuel Barroso im Namen der EU-Kommission eine Antwort in Bezug auf das Europäische Jahr 2014: Bei den Vorgesprächen mit den Interessenvertreter/innen wären verschiedene Vorschläge für die Themenstellung eines Europäischen Jahres 2014 unterbreitet worden.

Allerdings hätte sich keine Einigung auf ein spezifisches Thema ergeben. Daher, sowie angesichts der Wahl zum EU-Parlament, hielte es die EU-Kommission für angemessener, die Maßnahmen des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013 auch im Jahre 2014 fortzuführen. Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 sei ein Erfolg gewesen und viele dieser Maßnahmen seien wichtig für die demokratische Mitwirkung und die Einbindung der Bürger/innen in die Gestaltung der EU-Politik. Für das EU-Parlament, die Trio - Ratspräsidentschaft sowie diverse NGOs wird das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ im Jahr 2014 dennoch im Vordergrund stehen. Zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten dazu sind damit im nächsten Jahr zu erwarten.

EU-Kommission legt neuen europäischen Qualitätsrahmen für Praktika vor

Die EU-Kommission hat einen neuen europäischen Qualitätsrahmen für Praktika vorgelegt. Mit ihm soll sicher gestellt werden, dass Praktikanten/innen EU-weit zukünftig ihr Praktikum unter fairen Bedingungen absolvieren und durch hochwertige Arbeitserfahrungen ihre Chancen auf einen guten Arbeitsplatz steigern können.

- [Vorschlag der EU-Kommission für eine Empfehlung des Rates zu einem Qualitätsrahmen für Praktika](#)

Erstes Rechtsinstrument zur besseren Integration der Roma angenommen

Der Rat der EU hat die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen zur schnelleren wirtschaftlichen und sozialen Integration der Roma angenommen. Es ist das erste Rechtsinstrument auf der EU-Ebene für die Integration der Roma. Die verabschiedeten Leitlinien sollen den EU-Mitgliedstaaten helfen, ihre Anstrengungen zur Integration der Roma zu verstärken um damit die Spaltung zwischen den Roma und der übrigen Bevölkerung zu verringern. Im Mittelpunkt der Empfehlungen steht der der Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum.

Der Ausschuss der Regionen zeigt sich diesbezüglich darüber besorgt, dass sich viele Mitgliedstaaten zur Umsetzung nationaler Roma-Strategien zwar verpflichtet hätten, aber ihre Zusagen nicht einhalten. Außerdem fordert er einen verbesserten Zugang zu Fördermitteln und verbesserte an Koordinierungs- und Investitionsanstrengungen der nationalen Regierungen.

- [Empfehlung des Rates zur effektiven Integration der Roma Maßnahmen in den EU-Staaten](#)  

EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) angenommen

Der Rat der EU hat dem neuen EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation zugestimmt. Für den Zeitraum 2014-2020 werden im Rahmen dieses Programms 920 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Mit EaSI soll eine innovative Sozialpolitik unterstützt, die Mobilität der Arbeitskräfte gefördert, der Zugang zu Mikrokrediten erleichtert sowie soziales Unternehmertum angeregt werden. Am 01. Januar 2014 soll das EU-Programm anlaufen.

- [Rat der EU zum Programm für Beschäftigung und soziale Innovation](#)  
- [Pressemitteilung der EU-Kommission zu EaSI mit inhaltlichen Schwerpunkten](#)

EU-Ratstagung für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

Die EU-Arbeits- und Sozialminister/innen haben sich am 09./10. Dezember 2013 in Brüssel getroffen. Bei der Tagung wurde eine Zusammenstellung von Beschäftigungs- und sozialen Indikatoren für den neuen

Verwaltungszyklus des Europäischen Semesters 2014 vorgelegt und diskutiert. Speziell wurde dabei ein Fokus auf die Jugend hervorgehoben. Zudem wurde der Empfehlung für Maßnahmen der Nichtdiskriminierung und Gleichstellung der Geschlechter zugestimmt sowie eine Schlussfolgerung für den Gesundheitsschutz verabschiedet. Eine Einigung wurde bezüglich einer Richtlinie über die Entsendung von Mitarbeiter/innen erzielt. Weiterhin sollen nationale Aufsichtsbehörden im Kampf gegen Lohndumping und Schwarzarbeit stärker unterstützt werden.

- [Schlussfolgerung der Tagung des Rats der EU vom 09./10. Dezember 2013](#)  

EU-Parlament lehnt Estrela-Bericht ab

Das EU-Parlament hat den Estrela-Bericht über „sexuelle und reproduktive Gesundheit“ verworfen. Mit einem Ergebnis von 334 Nein- zu 327 Ja-Stimmen lehnten die Abgeordneten den nach der portugiesischen Abgeordneten Edite Estrela benannten Bericht ab. Hauptgrund dafür waren Passagen zur Abtreibung und Aufklärung. In einer neuen Entschließung wurde darauf abgestellt, dass Festlegung der Gesundheitspolitik, die Organisation des Gesundheitswesens und der medizinischen Versorgung die alleinige Zuständigkeit der EU-Mitgliedsstaaten bleiben.

- [Bericht des EU-Parlaments über sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte](#) 

Forschungsprogramm Horizont 2020 startet

Die EU-Kommission hat das neue EU-Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont 2020“ gestartet. Für die ersten beiden Jahre stehen 15 Mrd. Euro für Projekte bereit, die den Menschen in zwölf Themenschwerpunkten wichtige Neuerungen für ihren Lebensalltag bringen sollen.

- [Internetpräsenz von „Horizont 2020“](#) 

Neues EU-Programm für Recht, Gleichheit und Unionsbürgerschaft 2014-2020

Am 11. Dezember 2013 hat der Rat der EU das neue EU-Programm für Recht, Gleichheit und Unionsbürgerschaft 2014-2020 angenommen. Das Programm erhält ein Budget von 439 Millionen Euro zur Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung der Rechte der EU-Bürger/innen, die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und der Gleichheit zwischen Frauen und Männern. Zudem soll das Recht auf Schutz der persönlichen Daten, die Rechte des Kindes und die Rechte der Verbraucher/innen weiter gefördert werden. Es soll unter anderem auch die Ziele des Programms zur Verhütung und Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie, die Rechte von Menschen mit Behinderungen, sowie den Schutz der Opfer von Gewalt unterstützen.

- [Bericht zum neuen EU-Programm für Recht, Gleichheit und Bürgerschaft 2014-2020](#)  

„Kreatives Europa“ wurde endgültig angenommen

Der Rat der EU hat als letzten formellen Schritt des Gesetzgebungsverfahrens für das künftige EU-Förderprogramm für Kultur und Medien „Kreatives Europa“ (siehe [Europa News November 2013](#) ) verabschiedet, sodass es zum 01. Januar 2014 in Kraft treten kann. Die ersten Projektausschreibungen wurden im Vorgriff darauf bereits am 10. Dezember 2013 veröffentlicht.

Einigung über Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (FEAD)

Die Vertreter/innen des Ausschusses der Ständigen Vertreter einigten sich zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (FEAD). Während des 7-jährigen Finanzierungsrahmens (2014-2020) sollen über diesen Fonds knapp 3,5 Milliarden Euro verteilt werden. Der Fonds soll den sozialen Zusammenhalt fördern und die soziale Integration in der EU stärken sowie einen Beitrag zur Verringerung der Armut leisten.

- [Pressemitteilung des Rates der EU über den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen \(FEAD\)](#)  


Richtlinienvorschlag zu Verbesserung von Zusatzrentenansprüchen wurde angenommen

Der Ausschuss der ständigen Vertreter (AStV) hat einen neuen Richtlinienvorschlag zur Verbesserung der Begründung und Wahrung von Zusatzrentenansprüchen (Im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung) angenommen. Der Hauptaugenmerk der Richtlinie liegt darin, durch Verbesserungen der Portabilität von Zusatzrentenansprüchen Hindernisse abzubauen, die der Freizügigkeit zwischen den Mitgliedstaaten und der innerstaatlichen beruflichen Mobilität entgegenstehen.

- [Pressemitteilung des Rates der EU über Zusatzrenten](#)  

EU-Kommission analysiert unterschiedliche Lohngefälle von Frauen und Männern

Die EU-Kommission hat ihren Bericht über die Anwendung der Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen veröffentlicht. Darin wird deutlich, dass der Unterschied beim durchschnittlichen Stundenlohn von Frauen und Männern für gleiche Arbeit trotz der Bemühungen in vielen Staaten im EU-Durchschnitt unverändert 16,2 Prozent beträgt. Der Grundsatz für gleichen Lohn und gleiche Arbeit ist seit 1957 in den EU-Verträgen verankert. Die EU-Kommission ist für die Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsvorschriften zuständig und kann ggf. mit einem Vertragsverletzungsverfahren drohen.

- [Bericht der EU-Kommission über die Anwendung der Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen](#) 

EU-Parlament beschließt Rechtsanspruch auf Basiskonto

Das EU-Parlament hat eine Legislativentschließung zum Richtlinienvorschlag über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen gefasst. Damit soll über 2,5 Mio. Menschen in der EU geholfen werden, deren Antrag auf ein Konto abgelehnt wurde. Darunter seien Studierende, Saisonarbeiter und freie Dienstleister, die keinen festen Wohnsitz haben. Zudem hat das EU-Parlament mehr Transparenz und Vergleichbarkeit bei den Gebühren für Kontodienstleistungen durchgesetzt. Auch grenzüberschreitende Kontowechsel sollen in Zukunft erleichtert werden.

- [Bericht zur Entschließung des EU-Parlaments zum Richtlinienvorschlag](#) 

Weitere Nachrichten

Verfassungsreferendum: Kroatiens Bürger/innen lehnen gleichgeschlechtliche Ehe ab

Bei einem Volksentscheid haben die Kroaten mit 65,9 Prozent für einen Verfassungszusatz gestimmt, der die Ehe als „Lebensgemeinschaft zwischen Frau und Mann“ definiert. 33,5 Prozent der Wähler/innen stimmten dagegen. Damit setzte sich die Bürgerinitiative „Im Namen der Familie“, die das Referendum mit einem Volksbegehren herbeigeführt hatte, gegen die Regierung durch.

Neues Grenzüberwachungssystem EUROSUR in Betrieb

Seit dem 02. Dezember 2013 ist das neue Grenzüberwachungssystem EUROSUR in Betrieb. Es soll helfen, mehr Migrant/innen vor Europas Küsten zu retten und den Menschenhandel zu bekämpfen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zum neuen Grenzüberwachungssystem EUROSUR](#)

Welt-Aids-Tag am 01. Dezember

Jährlich wird am 01. Dezember der Welt-Aids-Tag begangen. Er soll der Solidarität mit Menschen mit HIV und AIDS und zur Aufklärung dienen. Der Welt-Aids-Tag wurde 1988 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgerufen. Die Zahl der HIV-Neuinfektionen und der AIDS-bedingten Todesfälle ist weltweit seit einigen Jahren rückläufig, in der Europäischen Region steigt sie jedoch an. Zurzeit sollen nach Schätzungen der WHO weltweit etwa 34 Millionen Menschen mit HIV oder AIDS leben, von denen ca. 50 Prozent zwischen 15 und 24 Jahre alt sind.


Im Kampf gegen die großen Infektionskrankheiten AIDS, Tuberkulose und Malaria hat die EU-Kommission ihre Hilfen um 40 Millionen auf 370 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre erhöht.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zur finanziellen Unterstützung bei Infektionskrankheiten](#) 

Europäischer Tag der Menschen mit Behinderung am 03. Dezember

Am 03. Dezember wird jährlich der Europäische Tag der Menschen mit Behinderung begangen. Er dient der Sensibilisierung und Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der Behinderung. Dazu unterstützt die EU-Kommission Aktionen auf europäischer und nationaler Ebene und würdigt mit dem „Access City Award“ jedes Jahr Städte für ihr Engagement, Mobilitätsbarrieren für behinderte Menschen abzubauen.

Einigung über Tabakrichtlinie

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter Unterhändler der EU hat sich über die Neufassung der EU-Tabakrichtlinie (siehe [Europa News vom September 2013](#) ) geeinigt. Nachdem EU-Parlament und der Rat der EU die Richtlinie formell angenommen haben, kann sie dann voraussichtlich im Frühjahr 2014 in Kraft treten. Danach haben die EU-Staaten 24 Monate Zeit, sie in nationales Recht umzusetzen.

- [Rat zu politischen Einigung der EU-Tabakrichtlinie](#)  
- [Weitere Information und die Überarbeitung der Richtlinie über Tabakerzeugnisse](#) 

Ergebnisse einer Veranstaltung zu bezahlbarem Wohnraum

Auf einem hochrangigen informellen Treffen der für Wohnen zuständigen Verwaltungen und Ministerien wurde die Bedeutung von Investitionen in bezahlbaren Wohnraum hervorgehoben. Da dies auch für die europäische Wirtschaft von großer Bedeutung sei, wurde die Notwendigkeit für eine bessere Koordination seitens der europäischen Ebene gefordert. Für den sozialen Wohnungsbau zentral sei auch die Rolle der Europäischen Investitionsbank.

- [Weitere Informationen zur Veranstaltung inkl. Teilnehmer/innenliste](#) 

Griechische EU-Ratspräsidentschaft ab 01. Januar 2014

Zum fünften Mal wird Griechenland am 1. Januar 2014 die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Priorität in der EU-Ratspräsidentschaft soll der Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Wirtschaftswachstum sein. Ebenso soll die Jugendarbeitslosigkeit und das Thema Migration eine hohe Priorität in den kommenden Monaten erhalten. Die illegale Immigration in die EU soll reduziert und gleichzeitig soll die legale Einwanderung besser organisiert werden. Geplant ist auch eine Veranstaltung zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

Berichte und Studien

PISA-Studie über Kompetenzen von 15-Jährigen in Mathematik, Naturwissenschaften und Lesen

Die EU-Kommission hat gemeinsam mit der OECD die aktuelle Pisa-Studie vorgestellt. Die Ergebnisse zeigen, dass die 15-jährigen Schüler ihre Leistungen im Lesen und in den Naturwissenschaften verbessert haben, allerdings noch Schwächen im Bereich der Mathematik zu erkennen sind. Neben den Leistungen wurde auch der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Kompetenz untersucht, die Bedeutung von Teilnahme an frühkindlicher Bildung, geschlechtsspezifische Unterschiede sowie der Migrationshintergrund.

- [Ergebnisse der PISA-Studie 2013](#) 

Zahlen über EU-weite Armut

Eurostat, das statistische Amt der EU, hat aktuelle Zahlen über Personen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen sind, veröffentlicht. Rund 125 Millionen Menschen (24,8 Prozent) der EU-Bevölkerung waren im Jahr 2012 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Dem gegenüber waren es 24,3 Prozent im Jahr 2011 und 23,7 Prozent im Jahr 2008. Die Verringerung der von Armut betroffenen Menschen ist eines der Kernziele der Europa 2020-Strategie.

Buch über „Generationenbeziehungen: Europäische Perspektiven in Familie und Gesellschaft“

In dem Buch „Intergenerational Relations: European Perspectives in Family and Society“ von Dr. Isabelle Albert und Prof. Dr. Dieter Ferring werden von Autoren verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen die intergenerationalen Familienbeziehungen in der Gesellschaft untersucht. Grundansatz ist, dass die Beziehungen zwischen den Generationen in der Familie und der Gesellschaft von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der europäischen Gesellschaft seien.

Eurochild bewertet den Bericht 2012 der EU-Kommission über die EU-Grundrechte

Eurochild hat eine Bewertung des Berichtes der EU-Kommission über die Anwendung der EU-Grundrechte und ihren Beitrag zum Schutz der Kinderrechte in der EU im Jahr 2012 veröffentlicht. Eurochild ist der Ansicht, dass der Bericht der EU-Kommission eine breitere Ausrichtung haben sollte und die Auslegung der EU-Kinderrechte umfangreicher gestaltet werden müsste.

- [Bericht von Eurochild zur Bewertung des Berichtes über EU-Grundrechte 2012](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

- Alliance for Childhood: ['Early Childhood Education and Care \(ECEC\) Systems in Europe: what are the current trends and what needs to be done?' \(07. Januar 2014, Brüssel\)](#)
- Europäische Akademie Berlin: [Heilsame Vielfalt? Integrationsstrukturen in Europa \(13. bis 15. Januar 2014, Berlin\)](#)
- EU-Kommission, EWSA: [„Social Entrepreneurship and Social Economy“ \(16. Jan. 2014, Straßburg\)](#)
- Caritas Europa: [Don't let them pay for the Crisis! 'Listen to the voices of children in poverty' \(16. Januar 2014, Brüssel\)](#)
- Public Policy Exchange: [Transforming Long-term Care in Europe: Improving Quality and Ensuring Access \(28. Januar 2014, Brüssel\)](#)
- Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament: [Committing the new Commission to social Europe \(19. Februar 2014, Brüssel\)](#)
- Griechische Ratspräsidentschaft: Konferenz zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ (05. März 2014, Brüssel)
- OECD: Women's Leadership in Public Life: [Fostering Diversity for Inclusive Growth \(02. bis 04. April 2014, Paris\)](#)
- International Students' Committee (ISC): [The Clash of Generations \(08. bis 09. März 2014, St. Gallen\)](#)
- ICCFR: ["The family in focus: 20th anniversary of the international year of the family" \(12. bis 15. Mai 2014, Brüssel\)](#)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).